

Jetzt ist das Parlament am Zug

Es wird ernst für den **Ligerztunnel**. Das Projekt ist Teil der Vorlage, die der Bundesrat nun dem Parlament überwiesen hat.

mt/pam. Der Bundesrat hat die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) ans Parlament überwiesen. Das teilte das Bundesamt für Verkehr gestern mit. Parallel dazu legt der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament das Strategische Entwicklungsprogramm für die Bahninfrastruktur sowie einen ersten konkreten Ausbauschnitt für den Zeithorizont 2025 vor. Künftig sollen dem Parlament in der Regel alle vier oder acht Jahre die weiteren Ausbauschnitte vorgelegt werden.

Der erste Ausbauschnitt umfasst Projekte im Umfang von 3,5 Milliarden Franken, die bis 2025 realisiert sein sollen. Darin enthalten ist auch das Projekt Ligerztunnel. Für die Planung und den Bau des Tunnels rechnet das Bundesamt für Verkehr mit einer Zeitdauer von fünf bis zehn Jahren. Die Kosten werden auf 390 Millionen Franken geschätzt.

Zu wenig für den Kanton

Die Berner Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion zeigte sich gestern in einem Communiqué zwar erfreut darüber, dass das Projekt Ligerztunnel im ersten Ausbauschnitt enthalten ist, sagt aber auch, die 3,5 Milliarden Franken seien zu wenig: «Die erste Ausbauschnitte enthält zwar Berner Projekte wie den Ligerztunnel oder Ausbauten im Bahnhof Bern, jedoch sind ebenso dringli-

che Projekte wie der Ausbau der Bahnlinie im Aaretal nach Münsingen, Teile des RBS-Bahnhofs in Bern und die Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau des Lötschbergbasistunnels darin nicht enthalten.»

Ohne diese Projekte könne das prognostizierte Verkehrswachstum aber nicht bewältigt werden. Der Kanton Bern fordert deshalb, dass die erste Tranche auf das geplante Niveau der Folgetranchen von rund 6 Milliarden Franken erhöht wird. Der öffentliche Verkehr sei heute an Kapazitätsgrenzen angelangt. Mit vier bis fünf Prozent mehr Fahrgästen pro Jahr wachse der öffentliche Verkehr im Kanton Bern überdurchschnittlich. Prognosen und Verkehrsmodelle würden bis zum Jahr 2030 mit einem Wachstum von bis zu 60 Prozent rechnen. Dieses Wachstum könne ohne ei-

nen gezielten und rechtzeitigen Ausbau der Infrastruktur nicht bewältigt werden, so die Direktion in ihrer Mitteilung.

Grundsätzlich gut

Der Kanton Bern hat aber auch Lob für den Bund übrig. So begrüsst er grundsätzlich den Beschluss des Bundesrates. Mit der Konzeption des Bahninfrastrukturfonds stellt er nach Meinung des Kantons das richtige Instrumentarium zur Verfügung. Erfreulicherweise habe der Bundesrat die konzeptionellen Vorschläge des Kantons aufgenommen. So wird die Mitfinanzierung durch die Kantone auf 200 Millionen Franken pro Jahr beschränkt. Zudem sollen die Kantone substantiell an der Infrastrukturplanung mitwirken können.